

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. B. H.
Redaktion: Breslau 1, Molotajstr. 49/50. — Tel. Ring 8987.

Annoncen-Expedition: Breslau 5, Duseigneurplatz 7.
Telefon für Inserate: Oble Nr. 1891.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Abonnementpreise: Durch den Postweg 1.10 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 1.10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nr. 22225
Sozialistischer Verlag, e. G. m. B. H., Breslau.

Abonnementpreise: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, 1.10 Mk. wöchentlich, 6.10 Mk. monatlich.
Die Kommunistische Partei Deutschlands, 1.10 Mk. wöchentlich, 6.10 Mk. monatlich.

Die verschobene Orgeschauflösung.

Die Reichsregierung hat die Beschlüsse von Paris in umfangreichen Noten zugestellt bekommen.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas sagt, daß Deutschland folgender Beschlüsse mitgeteilt wurde:

Paris, 30. Januar.

„Grundsätzlich der Entwaffnung Deutschlands wurde der Bericht des Marschalls Foch etwas geändert. Deutschland muß danach seine Befehlsgebung den Vereinbarungen des Friedensvertrages anpassen, die überzähligen Offiziere vor dem 28. Februar entlassen, die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen, die Reserveschiffe vor dem 30. April entwaffnen, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle Unterseeboote vor dem 31. Juli zerstören, die im Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, darauf verzichten, eine Luftpolizei zu bilden und die alliierte Definition annehmen, indem es die Zivil- von den Militärflyingen unterscheidet.“

Die Abkommen der Alliierten über die Wiedergutmachung werden der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt werden, die den deutschen Export überwachen wird. Deutschland wird den Alliierten entsprechend den ihnen zufallenden Anteilen Güter für die Jahressraten geben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen, wie wir schon meldeten, in der Befestigung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschließung Deutschlands vom Völkerbunde. Die Prämie von zwei Goldmark pro Tonne guter Rohle wird aufrecht erhalten.

Die Weltkrieger in Paris haben sich, allen Differenzen und Gegensätzen zum Trotz, in letzter Stunde noch geeinigt. Sie haben sich geeinigt in der Wiedergutmachungsfrage auf die erbarmungslose, bis zum äußersten gehende Auspressung der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Ausfuhr soll zum größten Teil unterbunden, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt somit mattgesetzt werden. Die Wiedergutmachung erfolgt nicht in der für die deutsche Bourgeoisie vorteilhaften Gestalt von Waren- und Rohstofflieferungen, sondern durch Zahlung von insgesamt 226 Milliarden Goldmark, statt der in Vologne vorgeschlagenen 43 Milliarden Goldmark.

Die englischen und französischen Imperialisten haben sich vor allem in Paris geeinigt über die Entwaffnungsfrage. So wenig sie der verhassten deutschen Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Gebiete entgegengekommen sind, so weit und so gern kommen sie ihr auf politischem Gebiete, in der Frage der Entwaffnung entgegen. Der Bericht des Marschalls Foch wurde insofern „etwas geändert“, als die Bürgerwehren, die Einwohnerwehren, die Orgesch, alle die Weißen Garden der deutschen Konterrevolution, nicht bis zum 1. Mai aufgelöst sein werden. Die Frist wurde bis zum 30. Juni — also um 5 Monate, um 5 kostbare Monate für Ludendorff, Kahl und Gschering! — verlängert. Die deutschen Weisgardisten

werden diese Zeit ausnutzen, um ihre Bewaffnung zu vervollkommen, um ihre Organisationen auszugestalten, um ihre Minenwerfer und Maschinengewehre einzuzerzieren gegen die deutschen Arbeiter.

Die Konferenz von Paris hat den Arbeitern aller Länder gezeigt, daß die englischen und französischen Kapitalisten die deutsche Bourgeoisie als wirtschaftlichen Konkurrenten ausrauben und prügeln, daß sie sie aber als konterrevolutionäre Bundesgenossen schätzen und militärisch unterstützen.

Bernichtet, grausam zerrissen ist jetzt die Illusion der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen, der Pazifisten und der Menschewiken, die von Snaden der Entente eine Entwaffnung der Orgesch erwarteten. Die Entente bläht in schöner internationaler Solidarität mit Ludendorff der Orgesch neuen Lebensodem ein.

Und die Orgesch wird nicht aufgelöst, die weißen Banden nicht entwaffnet werden, solange nicht die deutschen Arbeiter selbst sich aufrufen und sie entwaffnen, solange nicht das deutsche Proletariat selbst seine bewaffnete Selbstschutzorganisation hat.

Die Haltung der deutschen Regierung.

Das Kabinett berät über die Stellung zu den Pariser Beschlüssen. Man rechnet mit ihrer Abänderung in den bevorstehenden Konferenzen. Am Montag machte Dr. Simons im Reichstag bekannt, das die Regierung ihre Beratungen über die Noten noch nicht abgeschlossen habe. Sie werde am Dienstag im Reichstag eine Erklärung zur Lage abgeben. Der Reichstag vertagte sich darauf.

Lloyd George über die Londoner Konferenz.

Paris, 31. Januar. Lloyd George machte einem Journalisten nachfolgende Ausführungen: Die Deutschen haben nun Zeit, vor der Konferenz in London unsere Beschlüsse zu studieren. Wenn sie Einwendungen haben, die sich hören lassen, werden wir sie in Erwägung ziehen. London soll ein neues Spaa werden, wo wir mit den Deutschen Auge in Auge verhandeln. Wenn sie aber mit ungerechtfertigten Ansprüchen jetzt unseren billigen Forderungen Widerstand leisten, werden die Zwangsmassnahmen zur Anwendung kommen.

Für die Franzosen unabänderlich . . .

Der „Neuen Züricher Zeitung“ zufolge, soll Briand am Sonntag früh sich den Kammerdeputierten gegenüber dahin geäußert haben, daß der französische Standpunkt auf der Konferenz festgelegt habe. Deutschland soll es überlassen bleiben, die Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen. Neue Zugeständnisse dürften die Deutschen nicht mehr erwarten. Auch der „Temps“ stellt die neuen Beschlüsse als endgültig und unabänderlich dar. Für die nächsten 50 Jahre ständen die Verpflichtungen Deutschlands fest.

Bankbeamtenstreik in der Tschechoslowakei.

Prag, 30. Januar 1921. Auf einer Vollversammlung der Verbände der Bank- und Sparkassenbeamten gab der Präsident Köhler bekannt, daß der Streik in Warschau, Nürnberg, Badweis und Friedland ausgebrochen sei. Falls die Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen sollten, legt der Generalstreik der dem Verbande der Bankbeamten angehörigen Angestellten ein.

Munitionslieferungen nach Rumänien.

Kaschau, 29. Januar. „Kasai Runlas“ lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die Tatsache, daß in letzter Zeit zahlreiche Munitionslieferungen durch Ungarn nach Rumänien rollen. Die Arbeiterschaft müsse auf der Hut sein, um jede Munitionsbefahrung im Reine zu erkennen. Es muß ebenfalls verhindert werden, daß Ungarn aus der Tschechoslowakei Rohmaterial und Halbfabrikate zur Herstellung von Munition und Waffen erhalten. Nicht einmal Rohle darf nach Ungarn exportiert werden, wenn sie von den Munitionsfabriken beansprucht wird.

Karuben in Liban.

Riga, 27. Januar. Kahlköpfig der Kommunisten in Liban kam es zwischen den Sozialdemokraten und der Polizei zu einer Begegnung. Es gab auf beiden Seiten viele rote und schwarze.

Die Kommunisten erkämpfen sich eine Zeitung in Triest.

Die Urabstimmung unter den Mitgliedern der italienischen sozialistischen Partei hatte in Triest eine erhebliche Mehrheit für die Kommunisten ergeben. Trotzdem versuchte die Serrati-Gruppe, den „Lavoratore“, die sehr verbreitete in Triest erscheinende sozialistische Tageszeitung, zu behaupten. Daraufhin haben nun die Kommunisten die Redaktionsräume des „Lavoratore“ besetzt.

Afghanistan tritt in Verbindung mit Kemal Pascha.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Emir von Afghanistan Mustafa Kemal Pascha aufgefordert, ihm eine Militärmission zu schicken. Damit gibt der Emir seinen Willen kund, eine Verbindung mit der türkischen Nationalregierung anzuknüpfen. Auch Afghanistan, das strategisch so wichtige Grenzland Indiens, schließt sich also dem Kreise jener Völker Asiens an, die sich nicht mehr widerstandslos vom Ententekapital ausbeuten lassen wollen.

Der englische Terror in Konstantinopel.

Die Behörden der Entente haben in Konstantinopel alle Versammlungen politischen Charakters verboten.

Kommunisten im Wahlkampf.

Zu der Erklärung der Bezirksleitung in Nr. 23 unserer Zeitung, betreffend einen in der Zeitung erschienenen Wahlaufsatz bemerkten wir, daß es sich dabei um einen Artikel aus unserer Pressekorrespondenz handelte, der der Redaktion unbekannt durch die Zinger geschlüpft ist. Wir teilen die Auffassung der Bezirksleitung über den Sachverhalt des betreffenden Artikels und bringen dies durch den vorstehenden Abdruck dieses Aufsatzes zum Ausdruck. D. Red.

Der Wahlkampf lobt an allen Enden. Es regnet Versprechungen aller Art, jeder gibt vor, das Beste für die breiten Volksmassen zu wollen. Soweit die rein bürgerlichen Parteien in Frage kommen, ist es ganz selbstverständlich, daß sie ihre Versprechungen in der Form verstehen: Euch versprechen wir es und uns werden wir alles bewilligen. Das heißt also: Mag die Bevölkerung zugrunde gehen, solange die „Demokratie“ existiert, werden die Besitzenden auch bei der gesteigerten Notlage der Bevölkerung sich ihres Lebens in angenehmer Weise freuen. Sie werden einige Zugeständnisse den Arbeitenden machen um ihrer selbst willen, das ist für sie das höchste erreichbare Ziel in der „sozialen Gleichstellung“.

Die Sozialdemokraten heider Schattierungen werden statistisch nachweisen, daß der Sozialismus noch nicht möglich ist, wenn die Wahlen am 20. Februar keine sozialistische Mehrheit erbringen. Dann werden sie weiter gemeinsam mit dem Bürgertum für Ruhe und Ordnung kämpfen und sich auf den späteren Sieg mit dem Stimmzettel vertrösten — derweilen wird das Proletariat im Elend verreckt sein.

Die Stellung der Kommunisten zu der Wahl ist festgelegt. Es heißt in den Leitsätzen und Statuten der Dritten Internationale auf Seite 45 unter Ziffer 14 wie folgt:

„Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Lösungen der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, dabei alle Massenaktionen (Ausmärsche, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.“

Wie haben wir demnach die Dinge anzusehen? Bei der Wahlbewegung werden die Bevölkerungsschichten aufgeschichtet aus ihrer bisherigen Ruhe. Bürgertum und Arbeiterparteien sehen die großen Massen in Bewegung, bringen sie in Versammlungen. Und wenn es richtig ist, daß ein Kommunist überall da sein muß, wo die Massen in Bewegung geraten, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Kommunisten an der Wahlhandlung aktiv Anteil zu nehmen haben. In den Versammlungen haben sie den Befürwortern der formalen Demokratie die Mäste vom Gesicht zu reißen, um zu zeigen, daß sich dahinter die kapitalistische Diktatur verbirgt. Die Kommunisten haben alle Fehler, Schäden und Berrätereien der sozialdemokratischen Parteien bloßzulegen, die mit Versprechungen immer wieder die arbeitenden Schichten einzufangen wollen, sie auf den Stimmzettel verlocken und damit vom Befreiungskampf abhalten. Ganz rücksichtslos werden die Kommunisten den Arbeitern, den Beamten und Frauen sagen, daß nicht der Parlamentarismus, sondern nur der revolutionäre Klassenkampf, geführt mit allen Mitteln, sie vom Joch des Kapitalismus befreien kann. Damit erklären die Kommunisten aber auch, daß es an sich ohne Bedeutung ist, ob 20 oder 30 Kommunisten in das Parlament ziehen. Die eventuell gewählten Kommunisten werden in enger Verbindung mit der Masse den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Sie benutzen dabei die Parlamentaristritze, um das Dunkel und das Geheimnis des parlamentarischen Volksbetruges zu entlarven und dadurch gleichzeitig als jändender Funke in der Massenbewegung zu wirken. Aus allen diesen Gründen kann kein kommunistischer Kandidat den Wählern irgend welche Versprechungen machen, als wenn durch die Wahl von einer größeren Anzahl Kommunisten die Befreiung der Notlage des Proletariats zu erhoffen sei. Im Gegenteil muß betont werden, daß nur der gesteigerte aktive Kampfwille des Proletariats zu diesem Ziel führen kann. In welcher Form die revolutionäre Kampagne des Parlaments dann selbst zu geschehen hat, ist eine Frage, die wir hier nicht erörtern wollen.

M 130



...so leicht zu machen. Sie haben folgende Interpellation eingebracht:

Der Landesvorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Sachsens hat eine Dokumentensammlung herausgegeben, aus der einwandfrei das Bestehen der „Brosch.“ in Sachsen hervorgeht. Bestätigt wird dies durch die Veröffentlichung der falsifizierten Dokumente der Vaterländischen Königspartei in der „Roten Fahne“ und der gesamten kommunistischen Presse.

Wir fragen die Regierung: Was hat sie getan, um gegen die in den Dokumenten genannten führenden Persönlichkeiten in Sachsen vorzugehen?

Was gedenkt sie zu tun, um ihr in der Regierungserklärung gegebenes Versprechen, betreffend Auflösung konterrevolutionärer Organisationen zu erfüllen?

Ist sie bereit, organisierte Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften zur Abwehr konterrevolutionärer Anschläge zu bewaffnen?

Auf diese klaren Fragen fordert die sächsische Arbeiterschaft von der „sozialistischen Regierung“ eine ebenso klare Antwort.

### Ein „unabhängiger“ Kopf.

Das Zentralorgan der U.S.P., die „Freiheit“, läßt sich aus Oberschlesien von einem Korrespondenten bedienen, dessen besondere Tugend die Unabhängigkeit von anstrengender Gehirnarbeit ist. Am Sonnabend brachte die „Freiheit“ ein Telegramm aus Kattowitz, das die Wirkungen der kommunistischen Propaganda in Oberschlesien beleuchten soll, das aber nur das hoffnungslose Dunkel der unabhängigen Größen in Oberschlesien enthüllt.

Der Mann ist so dumm, daß er die klare kommunistische Lösung für die Sowjetrepublik verballhornt in die Lösung: Sowjetrepublik Oberschlesien und daran „unabhängige Gedanken“ knüpft.

Die kommunistischen Organisationen in Oberschlesien sind bekanntermaßen noch schwach und trotzdem sind sie die einzigen, die inmitten der nationalistischen Verhöhnung, an der sowohl die mehrheitssozialistische wie die unabhängige Führerschaft teilnimmt, vor der Arbeiterschaft das Vorbild der engsten Zusammenarbeit polnischer und deutscher Proletariat hinstellen.

Wenn der biedere unabhängige Dummkopf sagt: Wir können der „Roten Fahne“ verraten, daß die Folgen der bisherigen Agitation ein Erstarren der reaktionären Kräfte, Bewirrung der Arbeiterschaft und nationalistischen Taumel beim Bürgertum hervorgerufen haben, so weiß er entweder nicht, was er sagt, oder er ist soweit gekommen, daß ihm die Rätelösung schon als reaktionär vorkommt.

In der Zuschrift an die „Freiheit“ findet sich noch die Frage an uns, was die Mitglieder unserer Partei in den bürgerlichen Selbstschutzorganisationen treiben, die vom Gelde der Magnaten und Großgrundbesitzer leben.

Wir antworten darauf mit der Frage, ob dem Herrn bekannt ist, daß die kommunistische Partei Oberschlesiens jedes ihrer Mitglieder, das auch nur einen Pfennig der von der polnischen und deutschen Propaganda über das Land gestreuten Gelder anrührt, unweigerlich und ohne Verzug aus der Organisation ausschließt?

Bis jetzt ist uns ein entsprechendes Verfahren der S.P.D. und U.S.P. in Oberschlesien nicht bekannt geworden. Vielmehr bringt die „Freiheit“ wie alle S.P.D. und U.S.P.-Zeitungen große Inserate von den deutschnationalen Oberschlesierorganisationen mit patriotischen Aufrufen. Geld sinkt nicht.

Kinder vollständig minderwertig, 75% der Kinder ungenügend mit Schuhwerk versorgt.

Halle: Dr. v. Drigalski konstatiert auffallende Blutarmut bei 90% der Besucher der Volksschulen, bei 93% der Besucher der Mittelschulen, bei 80% der Besucher der Gymnasien. Ein Drittel der Kinder ist äußerst gefährdet, ein Viertel der Kinder infolge von allgemeiner Schwäche nicht fähig, die Wirbelsäule aufrecht zu tragen.

Breslau: Von 108 000 Schulkindern 50 000 unterernährt, 75% aller Kinder bis zu 15 Jahren ungenügend gekleidet. (Dieses Material ist aus Zeitungsnachrichten beheblich zu vermehren.) Der Milchnotbedarf ist fast in keiner Groß- oder Mittelstadt gedeckt.

Steigerung der Todesfälle im Vergleich zum Jahre 1913: 1915 um 9%, 1916 um 14%, 1917 um 32%, 1918 um 37%.

Steigerung der Kindersterblichkeit im Jahre 1917 gegenüber 1913: 6.—15. Lebensjahr um 55,0%, 2.—6. „ „ 49,3%, 1. „ „ 3,0%.

Die „B. Z. am Mittag“ meldete Anfang Dezember 1920, daß bei den ärztlichen Untersuchungen in den Volksschulen in Oberhausen im Rheinland festgestellt worden sei, daß die Hälfte der Kinder an Tuberkulose leidet.

Beachtliche Ergebnisse hatten auch die Untersuchungen in vielen anderen Teilen des Reiches. In Sachsen wurde es als günstig bezeichnet, wenn in einer Stadt nicht mehr als 50% tuberkulöser Kinder in den Volksschulen festgestellt wurden.

Die deutschen Entbindungsanstalten, Mütterheime, Säuglingsheime, Säuglingskrankenanstalten und Kinderkrippen sind aufs äußerste gefährdet. Es fehlt an Mitteln. Von den Krippen haben bereits nachweisbar rund 25% schließen müssen oder sind zur Schließung gezwungen. Von zwei Dritteln aller deutschen Krippen war eine Antwort nicht zu erreichen, so daß mit Sicherheit angenommen werden muß, daß der Prozentsatz der eingegangenen Kinderkrippen noch viel höher ist. Rund ein Drittel aller deutschen Säuglingsheime und 21,5% der Mütterheime sind in Gefahr, weil keine Mittel vorhanden sind.

# Für die Einigung des Proletariats.

## Der Chemnitzer Bezirk für den offenen Brief.

Nachdem vor einigen Tagen bereits die Vertrauensleute der Chemnitzer Firma Töge den Forderungen des Offenen Briefes unserer Partei zugestimmt haben, kommen heute Meldungen von weiteren Zustimmungserklärungen aus dem Chemnitzer Bezirk.

So beschloßen die Arbeiter der

### Sächsischen Waggonfabrik Werdau:

„Die Belegschaft stellt sich einmütig auf den Boden des Offenen Briefes der U.S.P.D. und fordert in diesem Sinne die sofortige Herstellung der Einheitsfront des Proletariats gegen den Kapitalismus. Die Hauptvorstände werden aufgefordert, beim U.D.S.B. dahin zu wirken, daß derselbe sofort aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austritt.“

In der Resolution wird weiter protestiert gegen den Ausschluß der Kommunisten aus den Gewerkschaften und die sofortige Zurücknahme der schon vorgenommenen Ausschüsse gefordert.

### Gemeindearbeiter in Aue (Vogtld.)

„Die Gewerkschaftsversammlung der Auer Gemeindearbeiter nimmt Kenntnis von dem Offenen Brief der U.S.P.D. Wir erklären uns vollständig damit einverstanden und geloben, alles zu tun, was zur Besserstellung der Lebenslage und zur Beseitigung des Kapitalismus führt.“

### Limbach bei Chemnitz.

In einer von über 1000 Arbeitern der verschiedenen proletarischen Parteien besuchten Versammlung ergab eine vorgenommene Abstimmung die einmütige Annahme des Offenen Briefes.

## Zustimmungserklärungen aus Hessen-Nassau.

### Das Frankfurter Proletariat

#### für die Einheitsfront der Arbeiterklasse.

In zwei überfüllten Versammlungen nahm die Frankfurter Arbeiterschaft Stellung zu dem Offenen Brief der U.S.P.D. In der Diskussion sprachen Arbeiter aus allen Lagern, die sich alle vollinhaltlich auf den Boden des Offenen Briefes stellten.

## Die Betriebsräte Hanau für den Offenen Brief.

Die von der Zentralleitung der Betriebsräte Hanau und des Gewerkschaftsartells einberufene Vollversammlung der Betriebsräte Hanau nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die Vollversammlung erblickt in dem Offenen Brief der Zentrale der U.S.P.D., gerichtet an alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften, einen Weg, um dieses, eine Lebensfrage der Arbeiterklasse darstellende Ziel zu erreichen und erwartet von den politischen Parteien und Zentralinstanzen der Gewerkschaften auf der Basis des Offenen Briefes sofortige Einleitung und Vorbereitung der unvermeidlich zum Ausbruch kommenden Auseinandersetzung mit der Konterrevolution.“

## Die Weiskensfelder Arbeiterschaft für die revolutionäre Einheitsfront.

Aus allen Teilen des Haleschen Bezirkes kommen Nachrichten, daß sich die Arbeiter für die Forderungen der U.S.P.D. erklären. So tagten am 28. d. Mts. in Weiskensfeld zwei große öffentliche Volksversammlungen, in denen die Genossen Meyer und Bowitzki aus Halle referierten. In beiden sehr stark besuchten Versammlungen wurde ein Bescheid angenommen, in dem sie sich rückhaltlos für den Offenen Brief und gegen die Gewerkschaftszersplitterer Dismann und Konserien wandten.

## Ausland.

### Die Ententeneriederlage im Nahen Osten.

London, 29. Januar. Einer Reutermeldung aus Konstantinopel zufolge hat der Ministerrat Mustafa Kemal Pascha und andere Nationalistenführer, von denen die meisten zum Tode verurteilt worden waren, wieder in ihren Rang in der türkischen Armee eingesetzt. Die Nationalisten werden auf der sofortigen Räumung von Smyrna durch die Griechen und der Räumung von Cilizien durch die Franzosen bestehen als Vorbedingung für ihre Teilnahme an der Konferenz in London.

### 20000 Arbeitslose in Cardiff.

In den Großstädten Englands wird die Arbeitslosigkeit immer schlimmer. In Cardiff allein gibt es 20 000 Erwerbslose, deren Not groß ist. Die Stadtverwaltung behauptet, daß ihre Hilfsmittel zur Unterstützung der Arbeitslosen erschöpft seien.

## Gewerkschaftliches.

### Ein Erfolg der Kommunisten in der Breslauer Ortsgruppe des D.C.V.

Die am 30. Januar in den Elfen-Sälen stattgefundene Versammlung der Verkehrsarbeiter im D.C.V. wählte eine neue Gruppenleitung. Dabei wurde als 1. Vorsitzender der Gruppenleitung und in die Ortsverwaltung unser Genosse Polka gewählt. Am Schluß der Versammlung wurde eine Tellerkassensammlung zur Unterstützung der notleidenden gefangenen Rotarmisten veranstaltet, die 101,10 Mark ergab.

### Sieg der Kommunisten bei den Essener Holzarbeitern.

In der Generalversammlung der Essener Holzarbeiter wurde, nachdem bei der Wahl des ersten und zweiten Bevollmächtigten die kommunistischen Vorschläge mit 80 Stimmen Mehrheit gestiftet hatten, schließlich die kommunistische Gesamtliste mit 243 Stimmen gewählt, während die rechtssozialistisch-unabhängige Liste nur 162 Stimmen auf sich vereinigte.

Natürlich wüßten nun wieder die Arbeitsgemeinschaftler und Schwindeln wieder von der systematischen Zerschmetterungsarbeit der Kommunisten. Sie mögen schimpfen und wüten, unsere Genossen aber müssen alle und jederzeit im Sinne der Herstellung der Einheitsfront arbeiten und dürfen sich nicht durch die albernen Schwägerereien betören lassen.

### Protest der Haleschen Bauarbeiter gegen den Ausschluß Heckeris, Bachmanns und Brandlers

In der letzten Versammlung der Bauarbeiter wurde nach einer ausgiebigen Debatte über die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit innerhalb der Organisation abgespielt haben, folgende Protestresolution gegen die Handlungsweise des Hauptvorstandes angenommen:

„Die gutbesuchte Versammlung des Bezirksvereins Halle des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Handlungsweise des Hauptvorstandes, der die Kollegen Heckeri, Bachmann und Brandler ausschloß, nur weil sie sich im Sinne des Kommunismus betätigten und darauf hinarbeiten, den Hauptvorstand aus seiner Reformulosei anzukämpfen. Die Mitglieder des Bezirksvereins Halle erheben dagegen den schärfsten Protest und fordern den Hauptvorstand auf, die

Einheitsfront aller Proletarier herzustellen. Des weiteren verurteilen sie die gehässige Schreibweise des „Grundsteins“ und legen auch dagegen die schärfste Verwahrung ein.“

### Berichtigung.

Der Artikel, welcher in Nr. 25 der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ vom 30. 1. 21 unter der Überschrift „Schleierpraktiken“ erschien, ist zustande gekommen auf Grund falscher Information des betreffenden Redakteurs von einem Kollegen, welcher die geistliche Arbeit der kommunistischen Fraktion des D.C.V. unterbunden wollte. Wir stellen hiermit fest, daß die darin über die Maßnahme der Ortsverwaltung gegebene Darstellung nicht den Tatsachen entspricht.

Die kommunistische Fraktion des D.C.V.

## Kapitalistische Wirtschaft

### Die bescheidenen Baulapitalisten.

Während Millionen keine ausreichende Wohngelegenheit haben und hunderttausende von Familien als Wohnungskostgänger bei verwandten oder befreundeten Familien hausen müssen, während hunderte von Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln den Baulapitalisten in den Taschen geworfen werden, um sie zum Wohnungsbau „anzureizen“, denken diese garnicht daran, von ihrer Bauabsotage abzulassen. Ihr Ziel ist die absoluteste Bucherfreiheit durch völlige Beseitigung aller baupolizeilichen und zwangswirtschaftlichen Vorschriften im Baugewerbe. Das wird wieder einmal ganz offen ausgesprochen in dem Jahresbericht der Hypothekendarlehenbank in Hamburg. Sie schreibt über den nahezu völligen Stillstand des Wohnungsbaues:

„Daß mit dem auf Uberteueringserlöse angewiesenen Siedlungen allein dem Wohnungsmangel nicht abgeholfen werden kann, ist eine Ueberzeugung, die sich immer mehr Bahn bricht. Auch die oft mit unverhältnismäßigen Kosten und schwerer Schädigung der Grundstückeigentümer verbundene Aufteilung großer Wohnungen und erst recht die das Familienleben und damit das Fundament des Staates gefährdende Zwangsquartierung können jenem Mangel nicht wesentlich steuern. Eine durchgreifende Besserung wird erst mit dem Wiederaufleben der Privatbautätigkeit eintreten, die deshalb durch Erleichterung baupolizeilicher Anforderungen, Befreiung von den mit der Zwangswirtschaft verbundenen Beschränkungen und möglichst auch durch steuerliche Bevorzugung angeregt werden sollte. Ein Abbau der Zwangswirtschaft, zum mindesten eine Steigerung der zuverlässigen Höchstmieten wäre auch für den vorhandenen Hausbesitz dringend zu wünschen.“

Auf die gleiche Tonart sind auch sonst die Reaktionen aus den Kreisen des Baumarktes gestimmt. Das Baulapital arbeitet nach der Methode: „Steter Tropfen höhlt den Stein“ und erhebt an der Behandlung der Großagrarier, die eine ähnliche Taktik verfolgen, ihre Zweckmäßigkeit. Miezsteuern, Erhöhung der Baulostenzuschüsse und Freigabe des gesamten Bauwesens: also Behebung der kapitalistischen Bauprobleme auf Kosten der Allgemeinheit, alles das und noch mehr ist das Ziel der Baulapitalisten. Kein Zweifel, daß sie es bei einiger Beharrlichkeit erreichen werden!

## Aus der Provinz.

Waldenburg. Am 27. d. Mts. fand in der Stadtbrauerei in Waldenburg die Generalversammlung der Zimmerer statt. Nach Erledigung der Tagesordnung fand in Verhandlungsangelegenheiten eine Anklage über die Genesung kranker Kinder in den Waldheilstätten statt. Aus sicherer Quelle wurde vorgebracht, daß verborbene Stampfstoßoffen sowie Syrupstücken den Kindern verabreicht würden; daß außer dem noch der Einlieferer des Stabes die Woche 18 Mk. zu

